



Jahresabschluss 31.12.2024

FN 458887i

FIRMA

High Prec GmbH

Für die Zuordnung im Firmenbuch ist nicht der Firmenwortlaut, sondern ausschließlich die übermittelte Firmenbuchnummer maßgeblich.

GESCHÄFTSJAHR

vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Einordnung klein

VORANGEGANGENES GESCHÄFTSJAHR

vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

PDF GENERIERT AM

11.12.2025

UNTERZEICHNET VON

Mag. Roman Wagner, geb 25.10.1966

am 10.12.2025

Mag. Wolfgang Otte, geb 09.02.1964

am 10.12.2025

PRÜFWERT: 929c1c9a04648bb062a3cb5fb373d862

Auszug aus der Bilanz

in EUR

Vorjahr in TEUR

	in EUR	Vorjahr in TEUR
AKTIVA	1.439.128,64	1.787
Anlagevermögen	952.252,91	1.174
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,07	0
Sachanlagen	952.252,84	1.174
Finanzanlagen	0,00	0
Umlaufvermögen	474.907,86	608
Vorräte	320.708,70	386
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	154.199,16	222
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	0,00	1
Wertpapiere und Anteile	0,00	0
Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	0
Rechnungsabgrenzungsposten	11.967,87	5
Aktive latente Steuern	0,00	0
PASSIVA	1.439.128,64	1.787
Negatives Eigenkapital	-769.103,04	-497
eingefordertes Stammkapital	35.000,00	35
<i>Stammkapital</i>	35.000,00	35
<i>davon eingezahlt</i>	35.000,00	35
Kapitalrücklagen	770.000,00	770
Gewinnrücklagen	0,00	0
Bilanzverlust	-1.574.103,04	-1.302
<i>davon Verlustvortrag</i>	-1.301.946,42	-1.510
Rückstellungen	48.986,13	77
Verbindlichkeiten	2.159.245,55	2.207
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	958.622,01	1.329
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0

offenzulegender Anhang

Bei Ausweis eines "negativen Eigenkapitals": Erläuterung, ob eine Überschuldung im Sinne des Insolvenzrechts vorliegt (§ 225 Abs.1 UGB):

Eine Überschuldung im Sinne des Insolvenzrechts liegt nicht vor.

Die Gesellschafter haben in den Vorjahren freiwillige Kapitalzuschüsse in Höhe von EUR 770.000,00 an die Gesellschaft geleistet. Diese beruhen auf einem allgemeinen schuldrechtlichen und nicht auf einem gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungsgrund. Diese freiwilligen Zuschüsse wurden der Gesellschaft ohne Einschränkung zur Verfügung gestellt. Die Gesellschafter haben vereinbart, dass diese freiwilligen Zuschüsse Eigenkapitalcharakter haben und diese Ansprüche nachrangig nach Ansprüchen aller anderen Gläubiger zurückzustellen sind.

Die Gesellschaft weist in der Bilanz, unter Berücksichtigung der oben erwähnten Kapitalzuschüsse, ein negatives Eigenkapital in Höhe von EUR 769.103,04 aus.

Seitens der Geschäftsführung wurde eine Planrechnung für die Jahre 2025 - 2028 erstellt, aus welcher hervorgeht, dass ab dem Jahr 2026 mit kontinuierlich steigenden Ergebnissen gerechnet wird. Entsprechend der Planrechnung ergibt sich im Jahr 2028 unter Berücksichtigung der Beibehaltung der bisherigen freiwilligen Kapitalzuschüsse ein positives Eigenkapital. Des Weiteren wurde von der Geschäftsführung argumentiert, dass im Anlagevermögen stille Reserven in Höhe von rund EUR 600.000,00 bestehen. Die Abschreibungsdauer der Maschinen wurde unter Berücksichtigung einer Vollauslastung mit 10 Jahren angesetzt. Aufgrund der bisherigen Unterauslastung der Anlagen ist die tatsächliche Abnutzung entsprechend geringer als die unternehmensrechtlich gebuchte Abschreibung.

Angabe von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (§ 237 Abs 1 Z 1 UGB):

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 189 ff des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend den gesetzlichen Regelungen eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Im Zusammenhang mit der Fortführungsannahme bestehen wesentliche Unsicherheiten und das Unternehmen ist daher möglicherweise nicht mehr in der Lage, im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes, seine Vermögenswerte zu realisieren und seine Schulden zu begleichen.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden - soweit gesetzlich geboten - berücksichtigt.

Der Jahresabschluss wurde aufgrund der Angaben der Geschäftsführung auf Basis des Going Concern Prinzips aufgestellt.

Bewertungsgrundlagen für die verschiedenen Posten:

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert sind. Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear vorgenommen. Das abnutzbare Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert werden. Die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear der voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend vorgenommen.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips.

Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips ermittelt.

Die Bewertung der noch nicht abrechenbaren Leistungen erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt. Im Falle erkennbarer Einzelrisiken wurde der niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

Die Abfertigungsrückstellung wurde nach anerkannten finanzmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 2,00 % und einer durchschnittlichen Bezugserhöhung von 3,00 % ermittelt. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter wurde berücksichtigt. Ein Fluktuationsabschlag wurde aufgrund des hohen Alters der Dienstnehmer nicht berücksichtigt.

Die Jubiläumsgeldrückstellung wurde nach anerkannten finanzmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 2,00 %, und einer durchschnittlichen Bezugserhöhung von 3,00 % ermittelt. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter wurde berücksichtigt. Ein Fluktuationsabschlag wurde je nach Alter der Dienstnehmer berücksichtigt.

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach bestmöglicher Schätzung zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewendet werden müssen. Sämtliche Rückstellungen haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gesamtbetrag der Haftungsverhältnisse und sonstiger wesentlicher finanzieller Verpflichtungen, die nicht auf der Passivseite auszuweisen sind (§237 Abs 1 Z 2 UGB):

EUR 70.164,00

davon Pensionsverpflichtungen: EUR 0,00

davon Verpflichtungen gegenüber verbundenen oder assoziierten Unternehmen: EUR 0,00

Art und Form jeder gewährten dinglichen Sicherheit:

*Neben den in der Bilanz angeführten Verbindlichkeiten ist folgendes Haftungsverhältnis zu vermerken:
Im Mietvertrag vom 23.12.2016 wurde eine Kautionshöhe von EUR 70.164,00 mittels Bankgarantie vereinbart.
Anstatt dieser Bankgarantie wurde zur Sicherung sämtlicher aus dem Mietverhältnis entstehender Ansprüche des
Vermieters eine Pfandbestellungsurkunde eines Gesellschafters für sein privates Grundstück in Höhe von EUR
70.164,00 zugunsten des Vermieters grundbücherlich einverleibt.*

Jeweils zusammengefasst für alle Posten der Verbindlichkeiten (§ 237 Abs. 1 Z 5 UGB):

Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:

EUR 16.875,00

Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten, für die dingliche Sicherheiten bestellt sind:

EUR 1.147.500,00

Art und Form dieser Sicherheiten:

*Bürgschaften der Gesellschafter, Sicherungseigentum an Maschinen, Aushaftung in Höhe von 80% der
Aushaftung*

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen während des Geschäftsjahrs (§ 237 Abs. 1 Z 6 UGB):

22

Anlagenpiegel

	Teil 1		Anschaffungs- und Herstellungskosten			in EUR	
	Stand 01.01.2024	Zugänge	davon aktivierte Zinsen für Fremdkapital	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.2024	
Anlagevermögen	2.711.374,21	63.098,75	0,00	0,00	85.369,41	2.689.103,55	
Immaterielle Vermögensgegenstände	20.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20.800,00	
Sachanlagen	2.690.574,21	63.098,75	0,00	0,00	85.369,41	2.668.303,55	
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Anlagenpiegel

Teil 2

Kumulierte Wertberichtigungen (Abschreibungen)

in EUR

	Kumulierte Wertberichtigungen 01.01.2024	laufende Abschreibungen	laufende Zuschreibungen	Wertberichtigungen auf Zugänge
Anlagevermögen	1.537.745,49	264.474,50	0,00	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	20.799,93	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen	1.516.945,56	264.474,50	0,00	0,00
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlagenpiegel

Teil 3

Kumulierte Wertberichtigungen (Abschreibungen)

in EUR

	Wertberichtigungen auf Umbuchungen	Wertberichtigungen auf Abgänge	Kumulierte Wertberichtigungen 31.12.2024
Anlagevermögen	0,00	65.369,35	1.736.850,64
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	20.799,93
Sachanlagen	0,00	65.369,35	1.716.050,71
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00

Anlagenspiegel

Teil 4

Nettobuchwerte

in EUR

	Buchwert 01.01.2024	Buchwert 31.12.2024
Anlagevermögen	1.173.628,72	952.252,91
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,07	0,07
Sachanlagen	1.173.628,65	952.252,84
Finanzanlagen	0,00	0,00